



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Bähr, O.: Deutschlands wirtschaftliche Lage

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Deutschlands wirtschaftliche Lage

Von O. Bähr



er alt genug ist, die heutigen Verhältnisse in Deutschland mit den Verhältnissen zu vergleichen, wie sie noch vor einem Menschenalter oder gar vor zwei Menschenaltern bestanden, der kann nicht im geringsten zweifeln, daß heute im Vergleich mit jenen Zeiten ein weit größerer Wohlstand in Deutschland herrscht, daß das Wohlleben der Menschen, und zwar durch alle Klassen der Bevölkerung hindurch, in hohem Maße gewachsen ist. Heute sind wir bereits auf dem Standpunkt angelangt, daß viele diesen Wohlstand als etwas ganz selbstverständliches betrachten, was gar nicht anders sein könnte. Wer nicht in vollem Maße daran teil nimmt, der glaubt, sich in einer Notlage zu befinden. Die Landwirtschaft klagt schon lange über ihre Not. Die Industrie und der Handel klagen darüber, daß seit einigen Jahren „die Geschäfte darniederliegen“; und das sieht man für ein besonderes Mißgeschick an. Eine höchst erfreuliche Thatfache, die in frühern Zeiten als der größte Segen gepriesen worden wäre, die Thatfache, daß wir im vergangenen Jahre eine reiche Ernte gehabt haben, wird dabei kaum beachtet oder gar von den Landwirten beklagt, weil dadurch die Getreidepreise heruntergegangen seien. Im Reichstage ist kürzlich, allerdings von sozialdemokratischer Seite, eine Schilderung der deutschen Zustände gegeben worden, als ob unser Volk sich in der größten Not befände. Bei dieser Sachlage lohnt es sich wohl, einmal zu prüfen, was denn eigentlich die Grundlage unsers heutigen Wohlstandes bildet, und in welchem Maße wir auf seine Dauer unbedingt rechnen können.\*)

\*) Unsr Leser wissen, daß wir den Ausführungen unsers verehrten Freundes nicht allenthalben beipflichten können, zum Teil sogar entschieden anderer Meinung sind. Neben dem außerordentlich gehobnen Wohlstande, der allerdings Teilen aller Klassen zu gute kommt, haben sich auch erschreckende Mißstände entwickelt, die früher nicht vorhanden waren und insbesondere große Kreise der untersten Volksschichten bedrücken. Auf diese Verhältnisse und ihre Gefahren hinzuweisen, vor denen die Wohlhabenden gern die Augen verschließen, betrachten wir als eine besondere Aufgabe dieser Blätter. Unsr Artikelreihe „Weder Kommunismus noch Kapitalismus“ dient vor allem dieser Aufgabe. Die Forderungen, zu denen der vorliegende Aufsatz gelangt, und ihre Begründung unterschreiben wir natürlich mit voller Überzeugung; sie gehen die an, die sie zu erfüllen imstande sind.

D. H.

Die natürliche Grundlage für den Wohlstand jedes Volkes bildet der Grund und Boden seines Landes. Er ist gleichsam der gedeckte Tisch, auf dem das Volk seine Nahrung findet. Auch die Industrie ist für die Stoffe, die sie verarbeitet, in erster Linie auf den Boden ihres Landes angewiesen. Deutschland ist nicht arm an fruchtbarem Gelände und an wertvollen Bodenschätzen. Aber es steht damit nicht in erster Linie. Südlicher gelegene Länder haben eine größere Fruchtbarkeit; auch sind andre Länder noch reicher an Mineralien. Die Fruchtbarkeit des Bodens hat man im Laufe dieses Jahrhunderts durch bessere Bewirtschaftung wesentlich steigern gelernt. Aber während dieser Zeit hat sich auch die Bevölkerung Deutschlands fast verdoppelt. Nun ist es bekannt, daß, wenn sich noch einmal so viel Personen um einen Tisch setzen, die Portionen für jeden einzelnen um so kleiner werden. Was ist es nun, was unsern Wohlstand in so hohem Maße hat wachsen lassen, daß, trotz der gewaltigen Vermehrung der Bevölkerung, unser heutiges Wohlleben mit dem Leben früherer Zeiten gar nicht zu vergleichen ist? Ohne Zweifel ist es die herangewachsene Industrie. Sie erzeugt in großen Massen wertvolle Güter, die teils unmittelbar, teils mittelbar unsern Wohlstand erhöhen, mittelbar dadurch, daß uns die Möglichkeit gewährt ist, gegen sie die reichern Naturerzeugnisse anderer Länder einzutauschen. Dadurch allein ist es gekommen, daß wir zur Zeit einen Wohlstand genießen, der die natürliche Ausstattung unsers Landes weit überragt.

Wir haben uns also durch unsre Ausfuhrindustrie andre Länder gewissermaßen wirtschaftlich dienstbar gemacht. Daß aber dieses Verhältnis andauert, hängt von zweierlei ab: von unserm Fleiß und von unsrer höhern Geschicklichkeit.

Unsern Fleiß haben wir einigermaßen in der Hand, und bisher haben wir es nicht daran fehlen lassen. Wollten wir aber darin nachlassen, so würde die Folge sein, daß wir auch weniger Güter erzeugten, sowohl für unsern eignen Bedarf, als für die Ausführung in fremde Länder, und daß wir dementsprechend auch weniger gut leben könnten. Dies würde also z. B. eintreten, wenn nach dem Begehren der Sozialdemokratie der achtstündige Arbeitstag eingeführt würde. Nehmen wir an, daß bisher zehn Stunden gearbeitet worden wäre, so würde die Einführung des achtstündigen Arbeitstages bedeuten, daß fortan nur vier Fünftel der bisher erzeugten Güter geschaffen würden. Und die Folge würde sein, daß eben so viel weniger Güter für unsern Lebensbedarf vorhanden wären. Diese Folge würde aber nicht etwa bloß die Arbeitgeber, sondern in ganz gleichem Verhältnis auch die Arbeiter treffen.\*)

\*) Dieser Folge und ihren Nachteilen wollen sich aber die Sozialdemokraten selbst durchaus nicht aussetzen; ihre Forderung geht dahin, daß die Arbeiter für die achtstündige Arbeit denselben Lohn erhalten wie bisher für die zehnstündige, und daß ferner soviel Händen mehr Beschäftigung gewährt werde, als bei der verkürzten Arbeitszeit für die

Weit weniger haben wir es in der Hand, ob auch unsre Geschicklichkeit ausreicht, uns durch unsre gewerbliche Thätigkeit auf der Stufe des Wohllebens zu erhalten, auf der wir uns jetzt befinden. Es kommt dabei nicht bloß auf uns, sondern auch auf den Stand der Dinge in andern Ländern an. Zunächst kommt es darauf an, daß nicht die Länder, deren Industrie gleichfalls hoch entwickelt ist und die deshalb mit unsrer Ausfuhrindustrie wetteifern, uns in der gewerblichen Geschicklichkeit überflügeln. Geschähe das, so würden sie bald den Markt der Länder, in die wir unsre Ausfuhr richten, an sich reißen, und wir hätten das leere Nachsehen. Es kommt aber auch weiter darauf an, daß Länder zur Genüge vorhanden sind, in denen die Industrie so wenig entwickelt ist, daß sie unsrer Industrieerzeugnisse bedürfen, und die zugleich so reiche Naturerzeugnisse haben, daß sie damit unsre Industrieerzeugnisse bezahlen können. Länder, die bereit wären, uns unsre Industrieerzeugnisse abzunehmen, giebt es wohl genug. Das kann uns aber nichts helfen, wenn sie nicht zugleich reiche Naturerzeugnisse haben, die sie uns dafür liefern können. Aus diesem Grunde haben z. B. unsre Kolonien vorläufig für uns noch keinen großen Wert. Andererseits kommt in Betracht, daß die Länder, die reiche Naturerzeugnisse, aber eine minder entwickelte Industrie haben, vielfach bemüht sind, ihre Industrie dergestalt in die Höhe zu bringen, daß sie fremder Industrieerzeugnisse nicht mehr bedürfen. Soweit ihnen dies gelingt, würden sie natürlich unsre Industrieerzeugnisse von sich weisen. Diese Gefahr droht uns namentlich von Amerika. Die nordamerikanischen Freistaaten haben bereits durch die Mac Kinley-Bill einen starken Vorstoß gemacht, um die europäische Industrie auszuschließen. Gelänge es ihnen, dadurch ihre eigne Industrie vollkommen leistungsfähig zu machen und dann auch die übrigen amerikanischen Staaten handelspolitisch an sich zu knüpfen, so würde die europäische Industrie das schwer empfinden. Auch noch andre Umstände von mancherlei Art können dahin führen, daß das Ausland unsrer Industrieerzeugnisse in geringerem Maße als bisher bedarf.

Endlich droht uns auch eine Gefahr von innen, an die wir gewöhnlich gar nicht denken. Das ist die ständige Zunahme unsrer Bevölkerung, die namentlich dadurch befördert wird, daß es im deutschen Reiche jedem freisteht, eine Familie zu gründen. Nun ist ja diese Zunahme als ein Zeichen des Wohlergehens und der Gesundheit unsers Volks an sich sehr erfreulich. Auch erwächst in jedem neuen Bewohner unsers Landes ein neuer Arbeiter. Aber Arbeit allein kann keine Güter schaffen, wenn nicht die Grundlage für deren Verwertung vorhanden ist. Es giebt also jedenfalls eine Grenze, bei

Erzeugung derselben Gütermenge notwendig wären. Eine Verminderung der Gütererzeugung würde also erst dann eintreten müssen, wenn die Unternehmer durch die so entstandnen und etwa erzwungenen höhern Kosten leistungsunfähig würden. D. H.

deren Überschreitung die Vermehrung der Bevölkerung nicht zur Erhöhung, sondern zur Verminderung des Wohlstandes eines Landes führt. Wo diese Grenze für uns liegt, und ob wir sie nicht etwa bereits überschritten haben, kann niemand sagen.

Wir wollen hier noch bemerken, daß die andern Länder, mit denen wir auf dem Weltmarkte in Wettbewerb treten, also namentlich Frankreich und England, weit sicherere Grundlagen für ihren Wohlstand haben als wir. Frankreich hat die größere Fruchtbarkeit seines Bodens und die günstige Lage inmitten zweier Meere vor uns voraus. Nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte ist es von der Gefahr einer Übervölkerung weniger bedroht. Auch lebt in manchen Beziehungen das französische Volk weit sparsamer als das deutsche. England ist vor allem begünstigt durch seine insulare Lage. Es besitzt reiche Bodenschätze und übt die Herrschaft in vielen und reichen Kolonien, die es nach Kräften ausbeutet. Daher sein ungeheurer Reichtum, mit dem sich der Wohlstand Deutschlands nicht messen kann.

Aber leben wir denn, wird man vielleicht fragen, wirklich so, daß man von einem großen Wohlstande reden kann? Um uns davon zu überzeugen, brauchen wir nur einen Blick zu werfen auf die großen Summen, die wir für Dinge ausgeben, die ohne Schaden entbehrt werden könnten. Dahin gehören in erster Linie die geistigen Getränke, die das deutsche Volk in einem Maße genießt, wie nur wenige andre Völker. Im Jahre 1890 bis 1891 sind in Deutschland 52 332 000 Hektoliter Bier getrunken worden. Rechnen wir, daß das Liter mit 25 Pf. bezahlt worden ist, so ergibt das eine Summe von 1308 Millionen Mark. Ferner sind als Branntwein 2 156 000 Hektoliter Alkohol verbraucht worden. Rechnen wir, daß der Trinkbranntwein zu einem Drittel aus Alkohol besteht, und daß das Liter davon 80 Pf. kostet, so würde der Branntweingenuß unserm Volke etwa 517 Millionen Mark gekostet haben. Man rechnet, daß im ganzen für Spirituosen in Deutschland  $2\frac{1}{2}$  Milliarden ausgegeben werden. Das würde mehr als das Fünffache dessen sein, was dem deutschen Reiche sein ganzes Kriegsheer und seine Marine kosten. Dazu kommen dann noch die Hunderte von Millionen, die das Tabakrauchen verschlingt. Für Lotterielose sind im vorletzten Jahre 168 Millionen ausgegeben worden. Wer in die Lotterie setzt, muß doch wohl Geld dazu übrig haben. Rechnen wir ferner die großen Ausgaben, die sich an die heute bestehenden unzähligen Vereine knüpfen. Wer gehört heute nicht einem oder mehreren Vereinen an? Und sind diese Vereine alle notwendig? Welche Summen werden ferner ausgegeben für Zeitungen und ähnliche Litteratur! Keine Stadt besteht, in der nicht eine oder auch mehrere Zeitungen erschienen, die doch ihre Abnehmer finden müssen. Werfen wir einen Blick in die Zeitungen, so wimmelt es darin von Vergnügungsanzeigen. Auch diese würden nicht in den Zeitungen stehen, wenn sich nicht die Leute dazu fänden. Überall finden wir die Anzeige von Festen.

Es besteht eine wahr Wut, jedwede Gelegenheit zu einer Festfeier zu erspähen. Welche Ausgaben knüpfen sich an das alles! Diese Ausgaben werden doch nicht von den Reichen und Wohlhabenden allein bestritten. Sie gehen bis in die tiefsten Schichten unsers Volks hinab.

Den Beweis aber, daß diese Ausgaben sehr wohl entbehrlich wären, führen wir einfach mit der Thatsache, daß vor zwei Menschenaltern noch niemand daran dachte, sie in diesem Umfange zu machen: woher hätte man wohl das Geld dazu nehmen sollen? Heute bezeichnet man das alles als „Bedürfnis“. Es sind aber nur Bedürfnisse, die wir uns angewöhnt haben. Auch giebt es noch immer Menschen genug, die an diesen Bedürfnissen nicht teilnehmen, ohne irgend Schaden zu leiden, ja ohne vielleicht auch nur das Gefühl einer Entbehrung zu haben. Wenn aber ein Volk solche Summen für entbehrliche Dinge ausgiebt, so muß es ihm doch wohlgehn.

Nun wollen wir ja hoffen, daß die internationalen Verhältnisse, die uns auf diese Stufe des Wohlstandes gebracht haben, noch lange fortbestehn. Auch sind wir weit entfernt, behaupten zu wollen, daß sich unser Volk nicht, so lange es ihm gut geht, seines Wohlstandes freuen und sein Leben genießen solle. Sind auch manche der Aufwendungen, auf die wir soeben hingewiesen haben, von der Art, daß unser Volk besser thäte, wenn es sich statt dessen andre Güter und Genüsse verschaffte, so wollen wir doch diesen Punkt nicht weiter verfolgen. Wir knüpfen an unsre Darlegung nur die Bemerkung: man sollte sich wenigstens bewußt bleiben, daß von einer bei uns bestehenden Not keine Rede sein kann, daß vielmehr unsre ganze Lebenshaltung die natürlichen Grundlagen, wie sie unser Land darbietet, weit überragt.

Nun weist man freilich darauf hin, daß es doch bei uns auch viele Dürftige und Arme gebe. Man spricht von der Arbeitsnot, bei der mitunter (und auch gerade jetzt wieder) Tausende von Arbeitern ohne Verdienst seien. Man redet von der Wohnungsnot, zufolge deren viele in den elendesten Räumen ihr Haupt niederlegen. Hört man unsre Sozialdemokraten, so geht es der Mehrzahl der Menschen, namentlich den Arbeitern, herzlich schlecht. Sie arbeiten für „Hungerlöhne.“ Nur die Reichen und Wohlhabenden führen ein „menschenwürdiges“ Dasein. Was ist davon nun zu sagen?

Richtig ist, daß es bei uns neben der kleinen Zahl der Reichen und Wohlhabenden und neben der großen Masse der weithin sich abstufoenden mittlern Existenzen auch viele Dürftige und Arme giebt. Der im allgemeinen herrschende Wohlstand ist nicht gleichmäßig verteilt. Es wäre ja gewiß besser, wenn alle in vollem Wohlstande leben könnten. So reich sind wir aber nicht. Es ist das auch noch in keinem Lande gelungen zu erreichen. Selbst das so viel reichere England weist dieselben Erscheinungen auf. Die Verschiedenheit in dem Wohlstande der Einzelnen ist die unabweisliche Rehrseite davon, daß wir jedem gestatten, nach Maßgabe seiner Kräfte und Fähig-

keiten Eigentum zu erwerben. Das führt zu einer Verschiedenheit des Erwerbs. Wollten wir, wie die Sozialdemokraten wollen, diesen Grundsatz aufgeben, so würden wir damit die Grundbedingung unsrer ganzen Kultur aufgeben. Denn erst mit dem Augenblicke, wo jedem gestattet war, nach bestimmten Regeln des Rechts um die Güter dieser Erde zu werben, war der Wettbewerb eröffnet, der uns auf die hohe Stufe des Wohlergehens geführt hat, auf der wir uns befinden.

Was bedeutet aber diese Dürftigkeit einzelner im Vergleich mit dem Wohlergehen des Ganzen? In den letzten Jahren ist über das Darniederliegen der Geschäfte geklagt worden. Hat man aber wohl irgend eine Veränderung in der äußern Lebenshaltung der Menschen bemerkt? Sind nicht alle Gasthäuser, alle Vergnügungsorte vollauf besucht? Gesezt, es wären wegen der schlecht gehenden Geschäfte zur Zeit hunderttausend Arbeiter ohne Beschäftigung. Das mag ja für den Einzelnen recht traurig sein. Hat man aber wohl einmal berechnet, wie sich dieser „Notstand“ zum Ganzen verhält? Können wir zehn Millionen arbeitsfähiger Männer in Deutschland rechnen, so würde, wenn hunderttausend Arbeiter ohne Arbeit sind, auf hundert Arbeiter ein Arbeitsloser kommen. Ist das nun ein schwer zu ertragender Zustand? Natürlich muß für die Arbeitslosen, wenn sie wirklich in Not sind, gesorgt werden. Der deutsche Staat läßt keinen verhungern. Im äußersten Falle muß die Armenpflege eingreifen. Der Staat kann aber keinem Arbeit geben, wenn er keine hat. Nutzlose Arbeit zu vergeben, bloß um an die Arbeiter Lohn dafür zu zahlen, ist eine Menschenfreundlichkeit, die sich noch nirgends bewährt hat. Die Pariser Nationalwerkstätten von 1848 sind ein unvergeßliches Beispiel dafür.

Daß viele, namentlich in den großen Städten, wo sich alles zusammendrängt, in elenden Wohnungen ihr Dasein fristen, ist nicht zu leugnen. Manche könnten freilich eine weit bessere Wohnung haben, wenn sie andern Lebensgenüssen, denen sie jetzt ihr Einkommen zuwenden, in höherm Maße entsagen wollten. Wir sind eben nicht so reich, daß wir alles in vollem Maße haben könnten. Im allgemeinen entspricht der Zustand unsrer Wohnungen dem Maße unsers Wohlstands. Daran ist auch nichts zu ändern. Deshalb werden alle noch so wohlgemeinten Bestrebungen, den geringen Leuten bessere Wohnungen zu verschaffen, im großen Ganzen ohne Erfolg sein; man müßte denn die Menschen daran gewöhnen, einen verhältnismäßig größern Teil ihres Einkommens auf die Wohnung zu verwenden. Das würde freilich schwer halten.

Müssen wir anerkennen, daß es im allgemeinen unserm Volke wohlgeht, daß wir namentlich einen Überschuß an Wohlstand genießen im Vergleich mit dem, was die Natur unsers Landes uns bietet, so werden wir von dem Gedanken ablassen, daß unser gegenwärtiger Wohlstand etwas ganz selbstverständliches sei, von dem wir auch nicht das Geringste entbehren könnten. Hierüber

können uns schon die von Zeit zu Zeit eintretenden Schwankungen in den Geschäften belehren. Denn diese sind nichts anderes, als die natürliche Folge der mannichfachen unsichern Verhältnisse, auf denen überhaupt unser Wohlstand beruht. Nichts sichert uns aber davor, daß sich diese Verhältnisse im Laufe der Zeiten einmal dauernd zu unsern Ungunsten ändern können. Gleiche Wirkung würde es auch haben, wenn — was Gott verhüten möge — Deutschland ein großes, schweres Mißgeschick, namentlich ein unglücklich verlaufender Krieg trafe. Dann würden wir gewahren, daß man auch mit weit geringern Mitteln, als mit dem, was wir jetzt haben, leben kann, wenn man eben damit leben muß.

Die ungesunde Anschauung, als ob an dem Maße unsers Wohllebens unmöglich etwas abgehen könne, hat sich in jüngster Zeit in einer seltsamen Erscheinung geltend gemacht. Wir meinen die Gründe, mit denen die neue Militärvorlage bekämpft wird. Wer der Ansicht ist, daß, trotzdem daß die Franzosen uns in der Zahl ihrer wehrfähigen Mannschaft bereits überflügelt haben, Deutschland doch keine Steigerung seiner Wehrkraft bedürfe, vielmehr auch ohne eine solche des Sieges sicher sei, der mag mit Zuversicht erklären, daß es eine Thorheit wäre, wenn das deutsche Volk für seine Wehrkraft auch nur einen Pfennig mehr ausgeben wollte. Statt dessen hört man vielfach die Ansicht aussprechen, daß, wenn auch eine Vermehrung unsers Heeres an sich wünschenswert sei, doch Deutschland wirtschaftlich die dadurch herbeigeführte Mehrbelastung nicht ertragen könne. Es handelt sich in der Geldfrage um eine jährliche Mehrbelastung von ungefähr 60 Millionen. Das ist freilich, wenn man sie so für sich betrachtet, eine gewaltige Summe, und niemand wird sie unnötig ausgeben wollen. Was ist denn aber diese Summe bei einer Frage, die unsre ganze nationale Existenz betrifft, im Vergleich mit dem gesamten Wohlstande unsrer Nation? Sie ist eine Bagatelle! Werden in Deutschland Spirituosen für 2½ Milliarden vertrunken, so brauchte jeder Trinker nur dem vierzigsten Teile seines Genusses zu entsagen, und die 60 Millionen wären damit gedeckt. Sagten wir aber: „Nein! auch bei einer Frage unsrer nationalen Existenz können wir nicht ein Bierzigstel von dem, was wir vertrinken, entbehren“ — wäre das nicht eine ewige Schmach für Deutschland?

Allerdings würde eine weitere Folge der geplanten Veränderung die sein, daß alljährlich etwa 60 000 Mann mehr als bisher den Waffenrock anziehen müßten. Es ist nicht zu verkennen, daß darin eine schwere persönliche Belastung liegt. Sie wird aber gemildert, wenn dagegen alle nur zwei Jahre zu dienen brauchen. Auch eine schwere Last trägt sich leichter, wenn sie mit gleichen Schultern getragen wird. Deutschland fehlt es auch nicht an Menschen. Im gegenwärtigen Augenblick würden, wenn jene Änderung bereits eingetreten wäre, 60 000 beschäftigungslose Arbeiter weniger vorhanden sein, was wohl kein Unglück wäre.

Wer also die Militärvorlage bekämpft, weil er der Ansicht ist, daß Deutschland zu seiner Sicherheit einer Vermehrung seiner Wehrkraft nicht bedürfe, der mag es auch fernerhin auf seine Verantwortung thun. Aber man bleibe mit der Behauptung zu Hause, daß diese Vermehrung eine „unersehwingliche Last“ für Deutschland sei. Für jeden, der rechnen kann, erscheint das als eine grobe Unwahrheit.



## Zivil- und Strafrichter



er in Heft 42 des vorigen Jahrgangs der Grenzboten enthaltene Aufsatz über unsere Strafrechtspflege erörtert einen Übelstand, der sich auch außerhalb Preußens zeigt. Die Ansicht, daß der Strafrichter im Verhältnis zum Zivilrichter eine untergeordnete Stellung einnehme, ist auch im Richterstande anderer Bundesstaaten verbreitet, ein Beweis mehr dafür, daß ihr Ursprung nicht in besondern preussischen Verhältnissen, sondern in unserer reichsgesetzlichen Gerichtsorganisation zu suchen ist. Wenn aber der Verfasser jenes Aufsatzes den Hauptgrund für diese auffällige Erscheinung in der Einführung des Laienelements in die Strafrechtspflege sieht, so glaube ich kaum, daß dieser Grund, wenn er auch mitgewirkt haben mag, der entscheidende gewesen sei.

Daß der Vorsitzende des Schöffengerichts im Verhältnis zu seinen ohne Laien entscheidenden Kollegen von den Zivilabteilungen eine nach der allgemeinen Auffassung des Richterstandes untergeordnete Stellung einnehme, habe ich noch nie behaupten hören. Dagegen gilt das allerdings von den Amtsrichtern, die sonst im Amtsgericht, und zwar als Einzelrichter für Requisitionen in Strafsachen, thätig sind. Hier scheint mir nun der Grund für die bestehende Auffassung in der durchaus zutreffenden Beobachtung zu liegen, daß im Grunde genommen die Amtsrichter als ersuchte und beauftragte Richter in Strafsachen überhaupt keine selbständige richterliche Thätigkeit ausüben, vielmehr nur soweit sich mit den Sachen zu beschäftigen haben, als eine andre Behörde, ein Gericht oder die Staatsanwaltschaft sie innerhalb genau vorgeschriebener Grenzen damit zu betrauen für gut findet. Selbständige, auf Erforschung der Wahrheit gerichtete Ermittlungen vorzunehmen, sind sie nicht befugt; wenn sie die angeordneten Wahrnehmungen vorgenommen haben, ist für sie die Sache abgethan, und nur in der gelegentlichen Ablehnung von Anträgen auf Erlaß von Haftbefehlen, Beschlagnahme oder dergleichen kann sich die Selbständigkeit ihrer richterlichen Stellung bethätigen.